

BDEW fordert Energiekonzept

17.01.2010 -

Koch warnt vor Romantik bei Ökostrom - Umweltschützer weisen BDI-Studie zurück



[Original anzeigen](#)

München (ddp). Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) hat von der Bundesregierung ein klares Energiekonzept gefordert. Andernfalls könne die Branche die anstehenden hohen Investitionen in Höhe von 80 Milliarden Euro bis 2020 in Netze und Kraftwerke nicht umsetzen, sagte **BDEW-Hauptgeschäftsführerin Hildegard Müller dem «Focus»**. **Dann drohten Kapazitätsengpässe**. Hessens Ministerpräsident **Roland Koch (CDU)** verlangte in dem Konzept eine grundlegende Neuausrichtung der erneuerbaren Energien. **«Es muss Schluss sein mit der romantischen Träumerei, als würde künftig jeder seine Energie selbst produzieren», sagte er der «Wirtschaftswoche»**.

Koch verwies darauf, dass auch die regenerativen Energien **«nur im industriellen, großtechnischen Maßstab effizient und zu vertretbaren Kosten eingesetzt werden» können**. Zwar werde 2050 Deutschland als eine moderne Industriegesellschaft ohne fossile Brennstoffe versorgt. Doch werde dies eher durch einen Windpark in der Nordsee oder einen Solarpark in der Wüste geschehen, sagte er. Deshalb müsse die Bevorzugung der privaten Erzeugung beendet werden. Die Einspeisevergütung sei nur »ein Übergangsinstrument«, ohne die sich die moderne Solartechnologie nicht entwickelt hätte. Doch könne es sie nicht auf Dauer geben, sagte Koch.

Mit Blick auf die Nutzung der Atomenergie sagte BDEW-Hauptgeschäftsführerin Müller, dass der Verband eine Laufzeitverlängerung befürworte, jedoch nicht zulasten der «Energieunternehmen ohne Kernkraft». Koch verwies dabei erneut auf eine Abgabe der Energiekonzerne. »Die Verlängerung wird es zugunsten der Gesellschaft geben, nicht zugunsten der Aktionäre«, sagte er.

Laut einer Studie des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) könnte eine Laufzeitverlängerung der 17 deutschen Atommeiler auf 60 Jahre bis 2030 den Anstieg des Strompreises deutlich mindern. Die Großhandelspreise würden um rund ein Viertel geringer ausfallen, teilte der BDI am Sonntag mit. Für alle Privathaushalte addierten sich die Einsparungen auf 60 Milliarden Euro.

Insgesamt summiere sich die Kostenentlastung für die Volkswirtschaft bis 2030 auf mehr als 256

Milliarden Euro, sagte der Chef des EEFA-Instituts Elmar Hillebrand, das die Studie mit erstellt hat, der »Welt am Sonntag«. Diese Vorteile ergäben sich auch dann, wenn in Deutschland 2020 wie geplant einen Ökostrom-Anteil von 30 Prozent erreicht werde. Zudem würden allein 2020 fast 70 Millionen Tonnen CO2 eingespart.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) bezeichnete die Studie als »durchsichtig und interessengeleitet«. Vor dem Hintergrund der zusätzlichen Milliardenbelastungen durch das marode Atommülllager Asse sei es eine «besondere Unverfrorenheit, der Öffentlichkeit einreden zu wollen, Atomstrom sei billig», sagte BUND-Chef Hubert Weiger. Der BUND warnte Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) davor, auf die «Taschenspielertricks» hereinzufallen.

(ddp)